

Wagner [Hrsg.]

Sozialrechtliche Schnittstellen

Arbeitsrecht | Erbrecht | Familienrecht
Gesellschaftsrecht | Medizinrecht | Migrationsrecht
Sozialdatenschutz | Steuerrecht | Versicherungsrecht



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht

Vorwort

Das Sozialrecht, oft im Schatten anderer Disziplinen stehend, hat weitreichende Auswirkungen auf viele Rechtsbereiche und das tägliche Leben der Menschen. Mit seiner zunehmenden Bedeutung wächst der Beratungs- und Vertretungsbedarf der Bürger vor allen in Bezug zu anderen Rechtsgebieten stetig.

Ziel dieses Handbuchs ist nicht, das Sozialrecht in seiner gesamten Breite darzustellen. Hierfür sei auf die einschlägigen Lehrbücher, Anwaltshandbücher oder Kommentare verwiesen. Der Fokus liegt vielmehr auf seiner Funktion als zentraler Schnittstelle staatlicher Leistungen zu anderen Rechtsmaterien. Dies ermöglicht nicht nur den innerhalb des Sozialrechts tätigen Juristinnen und Juristen eine weitere Spezialisierung, beispielsweise in den Schnittstellenbereichen zum Arbeits-, Familien-, Datenschutz-, Verkehrs-, Steuer-, privaten Versicherungs- oder Medizinrecht. Ebenso können Anwälte, die in diesen Rechtsgebieten tätig sind, ihr Wissen im Sozialrecht vertiefen und ihren Mandanten somit eine umfassendere Beratung anbieten. Ohne sozialrechtliche Kenntnis können „sozialrechtsfremde“ Juristinnen und Juristen die Themen nicht bearbeiten oder übersehen sie schlicht. Darüber hinaus richtet sich das Werk auch an Behörden, Gerichte und Leistungserbringer im Sinne des SGB, die auf anschauliche Weise durch die sozialrechtlichen Schnittstellen geführt werden. Praxistipps und Beispiele helfen, Lösungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen Sozialrecht und den beratungsnahen anderen Rechtsgebieten zu finden und bei konkreten Gestaltungsoptionen ungünstige Auswirkungen im Sozialrecht zu vermeiden. Ein Teil dieser ersten Auflage widmet sich dem Arbeitsrecht, jedoch primär als Arbeitsrecht für Sozialrechtler. Dies soll sozialrechtlich tätigen Anwälten einen Überblick bieten.

Ein besonderes Dankeschön gilt den mitarbeitenden Kolleginnen und Kollegen, die in den jeweiligen Schnittstellenbereichen spezialisiert sind und die Probleme aus der eigenen Berufspraxis kennen und das Buch mit ihrer Expertise bereichert haben. Vor allem gilt der Dank den Kolleginnen und Kollegen aus dem geschäftsführenden Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht beim Deutschen Anwaltverein für die kritische und lebhaft Diskussions.

Herausgeber, Autoren und Verlag hoffen, dass das Handbuch für eine umfassende und qualitativ hochwertige Vertretung der Mandanten in der außergerichtlichen Beratung und Streitbeilegung, gerade auch in den angrenzenden Schnittstellen, hilfreich ist. Für kritische Hinweise ist der Herausgeber dankbar.

Gernsbach im August 2024

Christian Wagner

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiter	9
Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	33
I. Einführung	37
II. Das sozialrechtliche Verfahren	39
A. Struktur des Sozialrechts	39
B. Allgemeine Grundsätze des Materiellen Sozialrechts	40
C. Sozialverfahrensrecht	47
D. Sozialprozessrecht	50
III. Schnittstelle des Arbeitsrechts zum Sozialrecht (Arbeitsrecht für Sozialrechtler)	56
A. Vorwort	56
B. Ausgewählte Themenbereiche	57
C. Schlussbemerkungen	82
IV. Behindertenrecht	83
A. Einführung	85
B. Sozialhilferechtlicher Hintergrund	92
C. Behindertentestamente im Detail	121
V. Familienrecht	178
A. Einführung	180
B. Staatliche Leistungen und Vergünstigungen für Familien	181
C. Regress: Rückgriff des Sozialhilfeträgers für Pflegekosten der Eltern	231
D. Mitarbeit von Ehegatten/Angehörigen	240
E. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse („Minijobs“)	251
VI. Medizinrecht	256
A. Medizinrecht als Rechtsmaterie	257
B. Das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung	259
C. Struktur der Leistungserbringung im GKV-System	260
D. Die maßgeblichen Rechtsvorschriften	263
E. Die Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung	268
F. Bedarfsplanung	289
G. Die Tätigkeit des Vertragsarztes	299

Inhaltsverzeichnis

H. Die Vergütung des Vertragsarztes	331
I. Prüfung der vertragsärztlichen Tätigkeit.	349
VII. Migrationssozialrecht	376
A. Migrationsrechtliche Grundlagen	379
B. Existenzsicherungsrecht	406
C. Bildungsförderung	423
D. Gesundheitsversorgung.....	429
E. Schwerbehinderung	435
F. Eingliederungshilfe	436
VIII. Sozialdatenschutzrecht	438
A. Einführung	438
B. Sozialdaten	439
C. Differenzierung von Gesundheits-, Sozial- und Leistungsdaten	439
D. Anwendbarkeit des BDSG und der DS-GVO	444
IX. Steuerrecht	471
A. Einführende Bemerkungen	475
B. Existenzsichernde Einkommensbesteuerung natürlicher Personen	487
C. Transferzahlung: Kindergeld (§§ 62 ff. EStG)	535
X. Versicherungsrecht	550
A. Grundlagen	551
B. Unfallversicherung	557
C. Berufsunfähigkeitsversicherung.....	583
XI. Gesellschaftsrecht	611
A. Einleitung	612
B. Sozialversicherungspflicht von für die Gesellschaft tätigen Gesellschaftern ..	613
Stichwortverzeichnis	643

Bearbeiter

Volker Gerloff

Berlin, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht mit den Arbeitsschwerpunkten Migrationssozialrecht, Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung, Behindertenrecht. Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AG Sozialrecht im Deutschen Anwaltverein e.V. und Mitglied im Vorstand des Deutschen Sozialgerichtstages e.V., Aufsichtsratsvorsitzender bei JUMEN e.V.

Charlotte Guckenmus, LL.M.

Charlotte Guckenmus ist Fachanwältin für Medizinrecht und Sozialrecht sowie zertifizierte Datenschutzbeauftragte in Frankfurt am Main. Sie widmet sich im Schwerpunkt den Schnittstellenthemen zwischen Sozialrecht, Medizinrecht und IT-/Datenschutzrecht. Sie ist Mitglied der Geschäftsführenden Ausschüsse der Arbeitsgemeinschaften Sozialrecht und Syndikusanwälte im Deutschen Anwaltverein und Mitglied der 8. Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer.

Dr. Hans Rudolf Hammann

Dr. Hans Rudolf Hammann ist seit über 25 Jahren ausschließlich im Bereich des Erb- und Erbschaftssteuerrechts tätig. Im Lauf der Jahre hat Herr Dr. Hammann hunderte Familien mit behinderten Kindern und ihren individuellen und spezifischen Fragestellungen begleitet. Zu seiner Tätigkeit gehört vor dem Erbfall die Gestaltung bzw. die Überarbeitung von Behindertentestamenten und nach dem Erbfall die Beratung der Erben, des Testamentsvollstreckers, des Betreuers (sofern bestellt) und teilweise auch der beteiligten Sozialleistungsträger sowie schließlich die Durchführung von Testamentsvollstreckungen.

Dr. Roland Karl

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuer-, Handels- und Gesellschaftsrecht in Augsburg. Er publiziert regelmäßig insbesondere zu Themen des Steuer- und Gesellschaftsrechts und ist ausschließlich im Bereich des Steuer-, Gesellschafts- und Erbrechts tätig.

Rolf-Alexander Markgraf

Rechtsanwalt und Counsel bei Görg Rechtsanwälte in Hamburg. Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, insbesondere in der Beratung von Unternehmen zu allen arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragestellungen bei der Restrukturierung und beim Kauf- und Verkauf von Unternehmen, in der sozial- und dienstrechtlichen Beratung von Organmitgliedern einschließlich der Begleitung von Statusfeststellungsverfahren, in der Beratung zu allen Fragen des Betriebsverfassungsrechts sowie in der Beratung zum Recht der betrieblichen Altersversorgung

Torsten Münnch

Rechtsanwalt Torsten Münnch ist Fachanwalt für Medizinrecht und seit über 20 Jahren in der Berliner Medizinrechtboutique D+B Rechtsanwälte in diesem Rechtsgebiet tätig. Er ist Autor zahlreicher Beiträge in medizinrechtlichen Fachbüchern und Fachzeitschriften sowie Referent in vorbereitenden anwaltsspezifischen Lehrgängen zum Erwerb der Fachanwaltsbezeichnung

Cornelia Oster

Cornelia Oster, geb. Breiter, ist Fachanwältin für Arbeitsrecht, Fachanwältin für Sozialrecht mit eigener Kanzlei in Wiesloch, Personalreferentin und Mediatorin. Seit 2016 ist sie im Geschäftsführenden Ausschuss der ArGe Sozialrecht im DAV aktiv und in Kooperation mit Diakonie und Caritas sozial engagiert. Zudem verfügt sie über Kompetenz in Gebärdensprache.

Nikolaos Penteridis

Nikolaos Penteridis ist Rechtsanwalt, Mediator und Fachanwalt für Versicherungs-, Medizin- und Sozialrecht in Paderborn tätig. Er ist Patientenanwalt und berät auch Krankenversicherungen in Regressverfahren. Seit 2013 ist er als Dozent in der anwaltlichen Fortbildung tätig, Redaktionsmitglied der Zeitschrift „ASR – Anwalt/Anwältin im Sozialrecht“ und seit 2012 im Geschäftsführenden Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht beim Deutschen Anwaltverein ehrenamtlich aktiv.

Christian Wagner

Christian Wagner ist seit 2003 Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizin- und Sozialrecht. Als Gründer von advomeda unterstützt er Ärzte und Gesundheitsdienstleister bei Praxisgründungen, Praxisübernahmen und der Vertragsgestaltung. Wagner ist zudem im Geschäftsführenden Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht beim Deutschen Anwaltverein und Vorsitzender der SGB-V-Kommission beim Deutschen Sozialgerichtstag e.V.

I. Einführung

Mit dem Sozialrecht ist es wie mit einer Ente mit dem Kopf unter Wasser: Sie taucht 1
immer wieder auf; sie ist zwar nicht immer vollständig zu sehen, aber dennoch ist
ihre Anwesenheit durch den Wellengang spürbar. Spätestens wenn sie auftaucht, ist sie
auch für den unaufmerksamen Beobachter sichtbar¹. Ebenso wie die Ente, die für das
Ökosystem wichtig ist, ist das Sozialrecht bedeutsam nicht nur für den Rechtsfrieden,
sondern hat auch Auswirkungen auf zahlreiche andere Rechtsgebiete, die auf den ersten
Blick überhaupt nichts mit dem Sozialrecht gemein haben.

Die immense eigene Relevanz des Sozialrechts drückt sich auch in Zahlen aus: Es gibt 2
neben weiteren Spezialgesetzen 13 Sozialgesetzbücher (SGB I bis SGB XIV). Allein die
SGB-Bücher haben insgesamt rund 2.860 Paragraphen. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat
lediglich 2.385 Paragraphen. Der Haushalt des Bundes hat in 2023 ein Gesamtvolumen
von 476 Mrd. EUR. Hiervon sind 166,23 Mrd. EUR dem Arbeits- und Sozialministerium
zuzuordnen, also knapp 35 Prozent – es ist der mit Abstand größte Einzelhaushalt. Auf
dem zweiten Platz folgt abgeschlagen das Verteidigungs-Ministerium mit 50,12 Mrd.
EUR, was einem Anteil von ca. 10,5 % entspricht.²

Das Sozialrecht selbst regelt zunächst die Ansprüche des Bürgers gegen den Staat, damit 3
er ein menschenwürdiges Dasein führen kann, wenn er dazu aus eigener Kraft nicht
(mehr) fähig ist. Hierzu zählt nicht nur der als Bürgergeld bekannte Anspruch auf
Existenzminimum.

Das Sozialrecht ist aber nicht das Recht der „armen Leute“. Es betrifft vielmehr jeden 4
Bürger, natürlich aber auch die besonders Hilfebedürftigen.³ Es umfasst aber auch viel
mehr als das: Es ist darüber hinaus aus zweierlei Gründen auch Wirtschaftsrecht.

1. Die Leistungen des Sozialrechts müssen finanziert werden. Die Finanzierung erfolgt
in der Sozialversicherung in der Regel durch Beiträge. Wer und wieviel zu tragen hat,
ist ebenfalls im Sozialrecht geregelt, im Beitragsrecht. In den jeweiligen Büchern der
Sozialgesetze finden sich Regelungen zum Wieviel. Das Wer ist im SGB IV festgehal-
ten. Demnach sind die Arbeitgeber allein verantwortlich, dass die Beiträge zu den
Sozialversicherungen ordnungsgemäß an den Staat abgeführt werden. Handelt der
Arbeitgeber nicht ordnungsgemäß, wird er allein zum Schadensersatz herangezogen
– was im Einzelfall die Insolvenz zur Folge haben kann.
2. Die Gesundheitswirtschaft erzielte eine Bruttowertschöpfung in Höhe von runde
391,8 Mrd. EUR in rund 240.000 Unternehmen und Betrieben⁴. Denn alle Sozial-
leistungen, die nicht in Geld gewährt werden, leisten die Kassen nicht selbst, das
übernehmen die sog. Leistungserbringer: Ärzte, Krankenhäuser, Pflegedienste usw. Es
behandelt kein bei der Krankenkasse angestellter Arzt, sondern ein niedergelassener
Vertragsarzt. Hier gibt es umfangreiche und für jeden Bereich separat vorhandene
Verträge, in denen von A bis Z alles geregelt ist. Es ist im sog. Vertragsarztrecht

1 <https://dav-sozialrecht.de/de/wir-ueber-uns/was-ist-das-sozialrecht>.

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/449433/umfrage/bundeshaushalt-ausgaben-nach-ressorts/>.

3 Kilger Sozialrecht: Neuland für Rechtsanwälte?, ASR 2023, 234.

4 Stand 2021, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/gesundheitswirtschaft/bedeutung-der-gesundheitswirtschaft.html>.

I. Einführung

im Recht der Krankenversicherung (SGB V) vorhanden, aber auch im Recht der Pflegeversicherung (Beziehung der Pflegekassen zu den Pflegediensten).

- 5 Das Sozialrecht ist schließlich genau wie das Steuerrecht ein sehr dynamischer und komplexer Rechtsbereich. Denn nach jeder Bundestagswahl werden Sozialgesetze neu erlassen, geändert oder abgeschafft – das verwundert nicht angesichts des großen Haushaltsvolumens, mit anderen Worten: Insbesondere bei den Sozialleistungen kann eingespart werden.
- 6 Es ist aber nicht Aufgabe dieses Buches, das Sozialrecht in seiner Gänze darzustellen, hierfür sei auf die einschlägigen Lehrbücher, Anwaltshandbücher oder Kommentare verwiesen. Daher werden im folgenden Kapitel lediglich die allgemeinen Grundsätze des Sozialrechts dargestellt, um einen einfacheren Zugang zu den zentralen Problem-
punkten zu erhalten.
- 7 Der Fokus dieses Buches liegt vielmehr darin, darzustellen, dass die Bedeutung des Sozialrechts unaufhaltsam wächst und der Beratungs- und Vertretungsbedarf des Bürgers ständig und rapide zunimmt.⁵ Das zeigen auch die vielen Bezüge zu anderen Rechtsgebieten. Es bildet sozusagen die Schnittstelle staatlicher Leistungen zu anderen Rechtsmaterien. Aber nicht nur der innerhalb des Sozialrechts tätige Anwalt kann sich auf diese Weise weiter spezialisieren, um etwa auf den Schnittstellenbereichen zum Arbeits-, Familien-, Datenschutz-, Verkehrs-, Steuer-, privaten Versicherungs- oder Medizinrecht tätig zu werden. Umgekehrt kann auch der in den Schnittstellenbereichen tätige Kollege sein Wissen im Sozialrecht auf diese Weise vertiefen und seine Leistung für seine Mandanten umfassend anbieten.

5 Kilger Sozialrecht: Neuland für Rechtsanwälte?, ASR 2023, 234 (237).

II. Das sozialrechtliche Verfahren

Literatur: *Bultmann, Stefan*, in: Bieresborn, Dirk/Schafhausen Marin, Münchener Anwaltshandbuch Sozialrecht, 6. Aufl. 2024; *Deinert, Olaf*, in: Gagel, Alexander H., beck-online.GROSSKOMMENTAR zum SGB III, 90. Aufl. 2024; *Doppler, Romana*, in: Bieresborn, Dirk/Schafhausen Marin, Münchener Anwaltshandbuch Sozialrecht, 6. Aufl. 2024; *Kipker, Dennis-Kenji*, in: Bieresborn, Dirk/Schafhausen Marin, Münchener Anwaltshandbuch Sozialrecht, 6. Aufl. 2024; *Klerks, Uwe*, Die allgemeinen Mitwirkungspflichten von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, info also 2012, 150 ff.; *Knickrehm, Sabine/Roßbach, Gundula/Waltermann, Raimund*, Kommentar zum Sozialrecht, 8. Aufl. 2023; *Knickrehm, Sabine*, Wo stehen wir heute? Vor und nach der Entscheidung des BVerfG – Normkonzeption und -anwendung der Sanktionsregelungen des SGB II, SRa 2021, 169; *Lang, Karl*, in: Bieresborn, Dirk/Schafhausen Marin, Münchener Anwaltshandbuch Sozialrecht, 6. Aufl. 2024; *Mrozynski, Peter*, SGB I, 7. Aufl. 2024; *Papier, Hans-Jürgen/Shirvani, Foroud*, Münchener Kommentar BGB, 9. Aufl. 2024; *Schafhausen, Martin*, SGB X – Akteneinsicht im Büro des Bevollmächtigten (Anmerkung zum Beschluss des BVerfG vom 14.9.2011 – 2 BvR 449/11, ASR 2011, 259 ff.); *Voelzke, Thomas*, in: Schlegel, Rainer/Voelzke, Thomas, juris PraxisKommentar SGB I; *Volkman, Dirk*, in: Krauskopf, Dieter, Soziale Krankenversicherung, Pflegeversicherung, 121. EL Feb. 2024, § 16; *Wagner, Christian*, Das neue Beratungs- und Prozesskostenhilferecht und die Auswirkungen im sozialrechtlichen Verfahren, ASR 2014, 46.

A. Struktur des Sozialrechts	1	VII. Abtretung, Übertragung, Pfändung und Verpfändung	33
B. Allgemeine Grundsätze des Materiellen Sozialrechts	8	C. Sozialverfahrensrecht	36
I. Territorialitätsprinzip	8	I. Zugang zum Recht	37
II. Leistungsempfänger und seine Mitwirkungspflichten	10	II. Antragstellung	39
III. Welche sonstigen Tatbestände können zu einer Reduzierung oder einem Wegfall von Sozialleistungen führen? ..	17	III. Neufeststellungsantrag (§ 44 SGB X) ..	45
IV. Und gibt es umgekehrt einen Anspruch des Leistungsberechtigten bei einem Fehlverhalten der Behörde?	20	D. Sozialprozessrecht	52
V. Weiterleitung der Daten zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen ..	27	I. Klageerhebung	53
VI. Welche Möglichkeiten gibt es, schnell Hilfe zu erhalten?	31	II. Beweisanträge	62
		III. Eigener Gutachturvorschlag	66
		IV. Vertagung	69
		V. Kosten	71
		VI. Hinweise zur Prozesskostenhilfe	74

A. Struktur des Sozialrechts

Das Sozialrecht ist ein Teilgebiet des öffentlichen Rechts. Es folgt daher in einigen 1 Punkten ähnlichen Grundsätzen wie etwa das Verwaltungs- und Steuerrecht. Allerdings gibt es im **materiellen Sozialrecht**, im **Sozialverfahrensrecht** und im **Sozialprozessrecht** einige Besonderheiten, mit denen wir uns im Folgenden beschäftigen werden.¹

Das „**materielle Sozialrecht**“² umfasst das allgemeine Sozialrecht, also die allgemeinen 2 Regeln, die für alle Arten von Sozialleistungen gelten, und das besondere Sozialrecht, also die rechtlichen Regeln für die einzelnen Sozialleistungen:

In einigen Bereichen des Sozialrechts³ werden Leistungen ausschließlich deshalb ge- 3 währt, weil der Leistungsempfänger sich mithilfe eigenen Einkommens oder Vermö-

1 Einen schönen Überblick bietet Schnitzler Die Besonderheiten des Sozialverfahrensrechts. Warum – und inwiefern – sind SGG, SGB I und SGB X anders als VwGO und VwVfG?, NJW 2019, 9 ff.

2 Gagel/Deinert SGB III § 422 Rn. 14 ff.

3 ZB bei dem Arbeitslosengeld II – umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet –, bei der Sozial- oder Jugendhilfe, beim BAföG, der Opferentschädigung und dem Wohngeld.

II. Das sozialrechtliche Verfahren

gens nicht selbst unterhalten kann. Nach dem sogenannten **Fürsorgeprinzip** werden staatliche Leistungen gewährt, die von einem zuvor gezahlten Betrag unabhängig sind. Diese aus Steuermitteln finanzierten Leistungen werden allerdings nur subsidiär gewährt.

- 4 Um hier die Ausgaben zu beschränken, werden Sozialleistungen ganz oder teilweise unter Anrechnung des bei dem Leistungsempfänger vorhandenen Einkommens und teils auch seines Vermögens gewährt. Insbesondere im Bereich der sozialen Hilfen (zB Bürgergeld oder Sozialhilfe) kann darüber hinaus auch eine Anrechnung des Einkommens oder Vermögens von Angehörigen, Ehepartnern oder den Partnern in eheähnlicher Gemeinschaft erfolgen.
- 5 Demgegenüber stehen die **beitragsfinanzierten Leistungen der Sozialversicherungen**.⁴ Nur die wenigsten Menschen können sich ohne Hilfe gegen das Krankheitsrisiko gegen den Pflegefall oder gegen den Verlust des Arbeitsplatzes absichern. Im Rahmen des sozialen Rechtsstaates greift der Staat ein. Dieses wird durch die Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege-, Unfall-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) umgesetzt. Hier gilt in den **Grundzügen das Versicherungsprinzip**, das grob wie folgt ausgestaltet ist:
- 6 In der Regel wird eine Leistung (zB Pflegegeld) dann gewährt, wenn der Bürger zuvor in die entsprechende Versicherung eingezahlt hat. Versichert ist nicht jede Form der Pflegebedürftigkeit, sondern nur jene, die den in den §§ 14 und 15 SGB XI genannten verrichtungsbezogenen und zeitlichen Voraussetzungen gerecht wird.
- 7 Neben Leistungen zur Pflege zählen hierzu auch Leistungen, die der Förderung und Entlastung bestimmter Bevölkerungsgruppen dienen (zB Elterngeld). Diese Leistungen werden im Gegensatz zum Fürsorgeprinzip **nicht subsidiär** geleistet. Bei diesen Leistungen muss der Leistungsempfänger nicht vorrangig sein Einkommen oder Vermögen verwenden, bevor er die Sozialleistung erhalten kann. Ebenso wenig kommt es dort auf das Einkommen oder Vermögen seiner Angehörigen oder des Ehepartners an.

B. Allgemeine Grundsätze des Materiellen Sozialrechts

I. Territorialitätsprinzip

- 8 § 30 SGB I statuiert für alle Bereiche des SGB das Territorialitätsprinzip in der Ausprägung als Wohnortprinzip (Wohnlandprinzip). Entscheidend für die Anwendung der Vorschrift des SGB ist danach – von Ausnahmen abgesehen⁵ – nicht die Staatsangehörigkeit des Betroffenen, sondern dessen Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt im Bundesgebiet.⁶
- 9 Umgekehrt können Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, keine deutschen Sozialleistungen erhalten. Eine **Ausnahme** besteht bei Rentenleistung ins Ausland nach den §§ 110–114 SGB VI (sog. Auslandsrentenrecht) wie auch bei Sozialhilfe für Deutsche im Ausland bei außergewöhnlicher Notlage in den Fällen des § 24 SGB XII.

4 Mrozynski SGB I § 4 Rn. 33–43.

5 Ausnahmen: kein Bürgergeld für bestimmte Gruppen von Ausländern nach § 7 I 2 SGB II; Einschränkungen bei der Sozialhilfe, § 23 SGB XII.

6 Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Hänlein/Hänlein SGB I § 30 Rn. 2.

II. Leistungsempfänger und seine Mitwirkungspflichten

Leistungsempfänger ist meist der Berechtigte selbst. Leistungsempfänger kann auch die Personengemeinschaft sein, der der Berechtigte angehört (zB die Bedarfsgemeinschaft im Sinne des SGB II bei dem Bürgergeld). In Einzelfällen werden auch Leistungen an Dritte gewährt (zB bei der Leistung von Sozialabgaben für die Pflegeperson, die den Berechtigten pflegt, § 44 SGB XI). 10

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat **Mitwirkungspflichten**, um dem zuständigen Sozialleistungsträger die Feststellung des Sachverhalts zu erleichtern. Insbesondere muss der Antragsteller/Leistungsempfänger folgendes tun: 11

- Er muss alle Tatsachen mitteilen, die für die Leistung erheblich sind (§ 60 I 1 Nr. 1 SGB I).
- Soweit Änderungen in den Verhältnissen eingetreten sind, die für die Leistung erheblich sind, muss er dies unverzüglich mitteilen (§ 60 I 1 Nr. 2 SGB I).
- Er muss sich ärztlichen Untersuchungen unterziehen, soweit dies für die Entscheidung über die Gewährung der Leistung erforderlich ist (§ 62 SGB I).
- Wer wegen Krankheit oder Behinderung Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers einer Heilbehandlung unterziehen, wenn zu erwarten ist, dass sie eine Besserung seines Gesundheitszustands herbeiführen oder eine Verschlechterung verhindern wird (§ 63 SGB I).
- Ähnliches gilt für die Mitwirkung an beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen, für denjenigen, der wegen Minderung seiner Erwerbsfähigkeit oder Arbeitslosigkeit Leistungen beantragt hat oder erhält (§ 62 SGB I).⁷

Das BVerfG⁸ betont in seiner wegweisenden Sanktions-Entscheidung und formuliert verfassungsrechtliche Anforderungen für die Sanktionsregelungen im SGB II wie folgt: Die Sanktionstatbestände dürften keine Strafen sein; sie müssten darauf gerichtet sein, dass Mitwirkungspflichten erfüllt werden und so die existentielle Bedürftigkeit vermieden wird.⁹ 12

Bei **Minderjährigen** ist zu beachten, dass, wer das 15. Lebensjahr vollendet hat, selbst Anträge auf Sozialleistungen stellen und verfolgen und Leistungen entgegennehmen kann.¹⁰ In diesem Fall ist der Minderjährige selbst als Antragsteller und Leistungsempfänger grundsätzlich mitwirkungspflichtig nach den §§ 60 ff. SGB I.¹¹ Soweit allerdings die Mitwirkungsobliegenheiten des Antragstellers bzw. Leistungsberechtigten im Rahmen der §§ 62 ff. SGB I die Bereitschaft etwa zur Durchführung von Operationen oder anderen erheblichen medizinischen Eingriffen erfordert, muss entsprechend den zivilrechtlichen Grundsätzen auf die Einsichtsfähigkeit des Minderjährigen abgestellt werden. 13

7 Übersicht über die Mitwirkungshandlungen: Klerks Die allgemeinen Mitwirkungspflichten von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, info also 2012, 150.

8 BVerfG Urt. v. 5.11.2019 – 1 BvL 7/16, NZS 2020, 13 Rn. 155.

9 Überblick: Knickrehm Wo stehen wir heute? Vor und nach der Entscheidung des BVerfG – Normkonzeption und -anwendung der Sanktionsregelungen des SGB II, SRA 2021, 174.

10 § 36 Abs. 1 S. 1 SGB I.

11 So jurisPK-SGB I/Voelzke § 60 Rn. 38.

II. Das sozialrechtliche Verfahren

- 14 Die oben genannten Mitwirkungspflichten sind durch den **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** und in entsprechender Anwendung der Regeln über **prozessuale Zeugnisverweigerungsrechte** begrenzt (§ 65 SGB I). Werden die Mitwirkungspflichten verletzt, können die Leistungen ganz oder teilweise versagt werden (§ 66 SGB I), bis die Mitwirkung nachgeholt wird (§ 67 SGB I).¹²
- 15 Wer bei der Feststellung des (Fort-)Bestehens seiner Leistungsberechtigung oder bei der Erleichterung der Situation, aufgrund derer er Sozialleistungen erhält (zB bei der Teilnahme an einer medizinischen Behandlung zur Heilung oder Linderung einer Krankheit), **nicht mitwirkt**, muss mit einer **Entziehung** der gewünschten Leistung rechnen.
- 16 Eine Entziehung oder Versagung setzt voraus, dass die leistungsberechtigte Person vom zuständigen Leistungsträger zuvor schriftlich auf diese Folgen hingewiesen wurde (zB § 5 Abs. 3 S. 4 SGB II). Wird die Mitwirkung gegenüber dem anderen Träger nachgeholt, ist die Versagung oder Entziehung der Leistungen nach dem SGB II rückwirkend aufzuheben (zB § 5 Abs. 3 S. 5 SGB II).¹³

III. Welche sonstigen Tatbestände können zu einer Reduzierung oder einem Wegfall von Sozialleistungen führen?

- 17 Anders als in anderen Rechtsgebieten ist das Sozialrecht so „sozial“, dass es grundsätzlich kein Mitverschulden kennt. Selbst derjenige, der verschuldet in eine Notlage gekommen ist, erhält grundsätzlich bei Vorliegen der erforderlichen Tatbestandsvoraussetzungen die entsprechende Leistung. Etwas anderes gilt **nur in Ausnahmefällen**.
- 18 Einer dieser Ausnahmefälle ist es, wenn der Empfänger von **Bürgergeld** bestimmte Pflichten verletzt, die es ihm ermöglichen sollen, schnell wieder zu Arbeit zu kommen (zB Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, § 31 I 1 Nr. 2 SGB II). Hier kann das Bürgergeld als Sanktion gekürzt werden, bei mehrfachen Verstößen auch mehrfach.¹⁴
- 19 Ferner kann die **Sozialhilfe** bei Personen, die ihre Sozialhilfebedürftigkeit absichtlich herbeigeführt haben, auf das zum Lebensunterhalt Unerlässliche gekürzt und innerhalb von drei Jahren zurückverlangt werden (§§ 26, 103 SGB XII).

IV. Und gibt es umgekehrt einen Anspruch des Leistungsberechtigten bei einem Fehlverhalten der Behörde?

- 20 Den Gerichten ist jedoch auch klar, dass Fehlverhalten nicht einseitig nur bei demjenigen vorkommt, der Sozialleistungen beantragt oder erhält. Sie haben daher für den umgekehrten Fall, dass der zuständige Sachbearbeiter eines Sozialleistungsträgers Fehler macht, das Institut des **„sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs“**¹⁵ entwickelt.

12 Die Versagung oder Entziehung der Leistung bei **Minderjährigen** gemäß § 66 SGB I ist jedoch ohne einen an den gesetzlichen Vertreter gerichteten Hinweis und eine entsprechende Fristsetzung nicht möglich, damit der gesetzliche Vertreter Gelegenheit erhält, seiner Verantwortung entsprechend tätig zu werden.

13 Diese Regelungen gelten allerdings gem. § 5 Abs. 3 S. 6 SGB II ausdrücklich nicht für die vorzeitige Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters. Auch für den Unterhaltsvorschuß können sie keine Anwendung finden, da § 1 Abs. 3 UhVorschG bei mangelnder Mitwirkung nur zur Ablehnung, nicht aber Versagung berechtigt (Groth/Siebel-Huffmann NJW 2016, 3404).

14 S. hierzu im Einzelnen die §§ 31 ff. SGB II.

15 Grundlegend: MüKoBGB/Papier/Shirvani § 839 Rn. 88–90 mwN.

Dabei handelt es sich um einen verschuldensunabhängigen Anspruch auf Beseitigung der Folgen fehlerhaften behördlichen Handelns.

Der **sozialrechtliche Herstellungsanspruch** setzt voraus:¹⁶

21

1. Der Herstellungsanspruch setzt ein pflichtwidriges und somit rechtswidriges Verhalten voraus: Der Leistungsträger (bzw. ein Mitarbeiter oder eine sonstige Person, deren Verhalten diesem zuzurechnen ist) verletzt eine dem Berechtigten gegenüber obliegende Pflicht (zB Auskunftspflicht).
2. Die Pflichtverletzung hat das Entstehen eines Nachteils bei dem Berechtigten zufolge.
3. Zwischen der Pflichtverletzung und dem Entstehen des Nachteils bei dem Berechtigten besteht ein Schutzzweckzusammenhang: Die Pflicht des Leistungsträgers dient gerade dazu, den Berechtigten vor dem Entstehen dieses Nachteils zu bewahren.
4. Der entstandene Nachteil kann durch eine rechtmäßige Amtshandlung beseitigt werden.

Beispielsfall:¹⁷

22

Die Klägerin ist die Ehefrau des Versicherten, mit dem sie in einem gemeinsamen Haushalt gelebt und in dem sie den Versicherten bis zu dessen Tod gepflegt hat. Am 6.1.2023 ging der Antrag des Versicherten auf Pflegeleistungen vom 5.1.2023 bei der zuständigen Pflegeversicherung ein. Mit Schreiben an die Beklagte vom 30.6.2023 führt die Klägerin aus, dass der Gesundheitszustand ihres Mannes sich ab Oktober 2022 verschlimmert habe. Dessen Hausärztin M habe festgestellt, dass bereits zu diesem Zeitpunkt Anspruch auf Pflegeleistungen bestanden habe. Sie habe eingewilligt, die beklagte Pflegeversicherung hiervon unverzüglich zu benachrichtigen. Das Versäumnis der Hausärztin sei der Beklagten zuzurechnen.

Die Beklagte gewährt der Klägerin Pflegegeld (nur) für den Zeitraum ab 6.1.2023.

Die Klägerin begehrt die Zahlung von Pflegegeld ab Oktober 2022. Zu Recht?

Hinweis: Nach § 7 II 2 SGB XI haben Ärzte, die bei den gesetzlichen Kassen zugelassen sind (sogenannte „Vertragsärzte“) die Pflicht, die zuständige Pflegekasse unverzüglich zu benachrichtigen, wenn sie von dem Eintritt oder einer möglichen Verschlimmerung von Pflegebedürftigkeit Kenntnis erlangen.

Lösung:

Grundsätzlich wird das Pflegegeld nur auf Antrag und auch erst ab dem Zeitpunkt gewährt, zu dem der Antrag bei der zuständigen Pflegeversicherung eingegangen ist. Dies wäre der 6.1.2023.

Die Klägerin kann das Pflegegeld jedoch aufgrund des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs schon vor diesem Zeitpunkt rückwirkend ab dem Eintritt der Pflegebedürftigkeit im Oktober 2022 erhalten.

Prüfungspunkt 1: Der Leistungsträger hat eine Pflicht verletzt, die ihm gegenüber dem Pflegebedürftigen obliegt. 23

16 Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Greiner SGB I § 14 Rn. 12–16.

17 Nach: LSG Berlin-Brandenburg 23.9.10 – L 27 P 5/09, BeckRS 2010, 75779.

II. Das sozialrechtliche Verfahren

Die Pflegeversicherung hatte gegenüber dem verstorbenen Ehemann der Klägerin eine Pflicht zur Beratung.¹⁸ Diese Verpflichtung hat die Pflegeversicherung nicht selbst verletzt. Sie hat sich jedoch das Handeln der Hausärztin zurechnen zu lassen, die ihrerseits eine Pflicht zur Benachrichtigung der zuständigen Pflegekasse hatte, wenn sie eine Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit des verstorbenen Ehemanns der Klägerin festgestellt hat.¹⁹

- 24 **Prüfungspunkt 2:** Die Pflichtverletzung hat das Entstehen eines Nachteils bei dem Berechtigten zufolge.

Dies ist hier der Fall: Da die Hausärztin, deren Verhalten der Pflegeversicherung zuzurechnen ist und die die Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit nicht rechtzeitig mitgeteilt hat, hat der Versicherte (bzw. seine Ehefrau als Rechtsnachfolgerin) grundsätzlich Anspruch auf Pflegegeld nicht erst ab Zugang des Antrags (also erst ab 6.1.2023) und somit bereits ab dem Zeitpunkt, zu dem sich die Pflegebedürftigkeit verschlimmert hat (Oktober 2022).

- 25 **Prüfungspunkt 3:** Zwischen der Pflichtverletzung und dem Entstehen des Nachteils bei dem Berechtigten besteht ein Schutzzweckzusammenhang: Die Pflicht des Leistungsträgers dient gerade dazu, den Berechtigten vor dem Entstehen dieses Nachteils zu bewahren.

Dies ist hier der Fall: Die Verpflichtung der Hausärztin, die Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit unverzüglich zu melden, dient gerade dem Zweck, dass dem Pflegebedürftigen unverzüglich diejenigen Leistungen zuteil werden, die ihm aufgrund der Verschlimmerung seines Zustandes zustehen.

- 26 **Prüfungspunkt 4:** Der dem Leistungsberechtigten entstandene Nachteil kann durch eine rechtmäßige Amtshandlung beseitigt werden.

Auch dies ist hier der Fall: Der Nachteil kann dadurch beseitigt werden, dass der Klägerin als Ehefrau und Rechtsnachfolgerin des Versicherten das Pflegegeld bereits für die Zeit ab Oktober 2022 gewährt wird.

V. Weiterleitung der Daten zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen

- 27 Mit der Übermittlungsbefugnis nach § 74 SGB X will der Gesetzgeber die **Übermittlung der erforderlichen Sozialdaten** an Gerichte und auch an Privatpersonen zulassen, damit Unterhalts- und Versorgungsausgleichsansprüche durchgesetzt werden können.²⁰ Eine Person, die zur gerichtlichen oder außergerichtlichen Geltendmachung von Unterhalts- oder Versorgungsausgleichsansprüchen auf Informationen angewiesen ist, die einem Sozialleistungsträger vorliegen (zB über die Höhe einer von dem Unterhaltsschuldner bezogenen Rente), können Sie sich diese Informationen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen²¹ dort verschaffen. Natürlich besteht grundsätzlich – gerade im Sozialrecht – ein besonders strenger Datenschutz, das sog. „**Sozialgeheimnis**“.²²

18 §§ 14, 15 SGB I, 7 II 1 SGB XI.

19 § 7 II 2 SGB XI.

20 BT-Drs. 8/4022, 86.

21 § 74 I 1 Nr. 1 und 2 SGB X.

22 §§ 67 ff. SGB X; Begriffsbestimmungen: MAH SozR/Kipker § 48 Rn. 7.

Unter den folgenden Voraussetzungen kann jedoch der Sozialleistungsträger die Daten des Unterhaltsverpflichteten an den Unterhaltsberechtigten herausgeben: 28

1. Der Unterhaltsberechtigte ist dringend auf die Daten angewiesen und kann sie sich insbesondere auch nicht anderweitig beschaffen.
2. Der Sozialleistungsträger hat den Unterhaltsverpflichteten unter Fristsetzung aufgefordert, dem Unterhaltsberechtigten die erforderlichen Informationen freiwillig herauszugeben (§ 74 I 2 SGB X).
3. Dabei hat der Sozialleistungsträger den Unterhaltsverpflichteten darauf hingewiesen, dass der Sozialleistungsträger die Daten an den Unterhaltsverpflichteten herausgeben wird, sofern der Unterhaltsverpflichtete seiner Auskunftspflicht nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist nachkommt.
4. Der Unterhaltsverpflichtete hat die Frist ungenutzt verstreichen lassen.

Beispielsfall:

29

Der Unterhaltsschuldner M hat – neben anderen Einkünften – auch Einkünfte aus einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung (DRV). Er weigert sich jedoch, der Unterhaltsberechtigten F Auskunft über deren Höhe zu erteilen. Wie kann F diese Auskunft erhalten?

Lösung:

1. Zunächst ist M im Namen der F schriftlich und mit Fristsetzung zur Auskunftserteilung aufzufordern.
2. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist dem zuständigen Sozialleistungsträger, hier der DRV, unter Beifügung einer Kopie des Schreibens mitzuteilen, dass F zur Geltendmachung ihrer Unterhaltsansprüche auf Informationen des M über die Höhe seiner Rente angewiesen ist und M vergeblich zu der Erteilung von Auskunft hierüber aufgefordert wurde (vgl. § 74 I 2 SGB X).
3. Aufgrund des Verhältnismäßigkeitsprinzips und als weiterer Ausfluss des § 74 I 2 SGB X fordert dann der zuständige Sozialleistungsträger, die DRV, den M nochmals unter Fristsetzung zur Auskunftserteilung auf.
4. Nach Ablauf der Frist setzt sich die DRV noch einmal dem Anspruchsteller in Verbindung, um zu erfahren, ob der Unterhaltsschuldner nunmehr seiner Pflicht zur Auskunftserteilung nachgekommen ist.
5. Sofern der M nach wie vor keine Auskunft erteilt hat, darf die DRV nunmehr die Auskunft erteilen.

Variante zu dem Beispielsfall:

30

Wie vermutet, hat sich herausgestellt, dass M leistungsfähig ist und der F Unterhalt schuldet. M weigert sich jedoch, den Unterhalt zu zahlen und wird hierzu rechtskräftig verurteilt.

Welche Möglichkeiten hat der Vertreter der F – abgesehen von der zivilrechtlichen Vollstreckung?

II. Das sozialrechtliche Verfahren

Lösung:

Er kann unter Übersendung einer Kopie des Unterhaltstitels bei der DRV beantragen, dass die Rente in angemessener Höhe (das heißt in einer Höhe, bei der vermieden wird, dass der Unterhaltsschuldner seinerseits sozialhilfebedürftig wird),²³ an die F ausgezahlt wird (§ 48 SGB I).

VI. Welche Möglichkeiten gibt es, schnell Hilfe zu erhalten?

31 Beispielsfall:

Der BAföG-Empfänger B hat dem Grunde nach Anspruch auf BAföG. Die genaue Höhe des dem B zustehenden BAföG ist jedoch im Einzelnen noch streitig.

B benötigt dringend Geld, um sein Studium zu finanzieren und möchte nicht bis zum Abschluss des Verwaltungsverfahrens zuwarten. Was ist ihm zu raten?

Lösung:

Da der BAföG-Anspruch unstreitig dem Grunde nach besteht, kann B die **Zahlung eines Vorschusses** (§ 42 SGB I) beantragen.²⁴

32 Weiterer Beispielsfall:

M und F leben getrennt und möchten sich scheiden lassen. Über das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder ist noch keine Einigung erzielt. Das zuständige Gericht teilt dem Jugendamt, in dessen Bereich die Kinder leben, mit, dass ein Scheidungsverfahren anhängig ist. Es informiert darüber, dass M und F bei der Suche nach einer Lösung für das Sorgerecht die Beratung des Jugendamtes in Anspruch nehmen können (§ 17 III, I Nr. 3, II SGB VIII).

M und F möchten diese Hilfe gerne in Anspruch nehmen. Das zuständige Jugendamt hält sich jedoch für örtlich unzuständig und wird daher nicht tätig.

Wie können M und F schnell zu einer Beratung durch das Jugendamt kommen?

Lösung:

Das Jugendamt muss, auch wenn es seine Zuständigkeit für noch nicht geklärt hält, tätig werden (§ 86d SGB VIII).

Diese Regelung ist Ausdruck eines **allgemein im Sozialrecht geltenden Grundsatzes**: Besteht Streit über die Zuständigkeit, sind Leistungen und Hilfen auch von einem angeblich nicht zuständigen Sozialleistungsträger zu erbringen („**vorläufige Leistung**“ im Sinne des § 43 SGB I).²⁵ Soweit er dabei in Vorleistung getreten ist, kann er sich die Kosten von dem eigentlich zuständigen Sozialleistungsträger erstatten lassen (§ 102 SGB X).²⁶

23 S. Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Hänlein SGB I § 48 Rn. 19–21 mwN.

24 Zu den Voraussetzungen u. a. Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Hänlein SGB I § 42 Rn. 8.

25 Zum Verfahren: Knickrehm/Roßbach/Waltermann/Hänlein SGB I § 43 Rn. 5–12.

26 Zu der vorläufigen Erbringung von Leistungen finden sich zahlreiche weitere Spezialvorschriften, ua im Bereich des Rehabilitationsrechts (§ 14 SGB IX), des Unfallversicherungsrechts (§ 139 SGB VII), des Sozialhilfe-rechts (§ 98 II 3 SGB XII) und des Rechts der Arbeitsförderung (§ 23 SGB III).

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf das Kapitel, die mageren auf die Randnummer.

- § 141 SGB IX
 - einschränkende Auslegung **IV** 129
- § 2306 BGB
 - Behindertentestament **IV** 152
- § 2306 BGB aF
 - Behindertentestament **IV** 150
- § 517 BGB
 - Pflichtteilerlass **IV** 128
 - Pflichtteilsverzicht **IV** 124
- § 528 BGB
 - einschränkende Auslegung **IV** 129
 - Pflichtteilerlass **IV** 127
 - Pflichtteilsverzicht **IV** 123
- § 93 SGB XII
 - einschränkende Auslegung **IV** 129
- Abrechnung
 - peinlich genaue **VI** 191
- Abrechnungssammelerklärung **VI** 95, 191, 239, 241, 273 f.
- Abrede, individuelle **X** 185
- Alkohol **X** 107
- Allgemeine Handlungsfreiheit
 - erdrosselnde Wirkung der Steuer **IX** 4
- Allgemeine Versicherungsbedingungen **X** 6
- Altersentlastungsbetrag, § 24a EStG **IX** 29, 96 ff.
 - Bemessungsgrundlage **IX** 97 f.
- Amtsermittlungsgrundsatz **II** 52 ff., 62 ff.
- Amtshaftung **II** 42 ff.
- Anerkenntnis **X** 110, 177
- Angehörigenentlastungsgesetz
 - Änderungen in SGB IX und SGB XII **IV** 36
 - Heranziehung der Eltern **IV** 41 f.
- Angestellter Arzt
 - in gesperrten Planungsbereichen **VI** 143
 - in nicht gesperrten Planungsbereichen **VI** 136
- Nachbesetzung **VI** 150
- Umwandlung in Zulassung **VI** 155
- Vertretung **VI** 158
- Ankunftsnachweis **VII** 51 ff.
- Annahme Erbschaft
 - höchstpersönliches Recht **IV** 78
- Annahme Vermächtnis
 - höchstpersönliches Recht **IV** 78
- Anscheinsbeweis **X** 54
- Antrag
 - 15. Lebensjahr **II** 43
 - Leistungszeitpunkt **II** 39
 - unzuständiger Leitungsträger **II** 41
- Anwaltliche Haftung **X** 32
- Anzeigepflichtverletzung, vorvertragliche **X** 198
- Apparategemeinschaft **VI** 126
- Arbeitgeber
 - Rechte und Pflichten **III** 5
- Arbeitnehmer
 - Rechte und Pflichten **III** 5
- Arbeitnehmerbegriff, europarechtlich
 - Fortgeltung **VII** 130 ff.
- Arbeitnehmerbegriff, europarechtlicher **VII** 114 ff.
- Arbeitslosengeld **V** 148 ff.
 - Höhe **V** 149 f.
- Arbeitsmarkt, allgemeiner **X** 123
- Arbeitsmarktzugang **VII** 148 ff.
 - Ausschlussstatbestände **VII** 150 ff.
 - Balkanstaaten **VII** 155
 - Vorrangprüfung **VII** 153
 - Zustimmung durch Bundesagentur für Arbeit **VII** 154
- Arbeitsplatz **III** 61 ff.
- Arbeitsplatzbeschreibung **X** 146
- Arbeitsplatzsicherheit **III** 52
- Arbeitsrecht
 - Diskriminierung **III** 9

- Gesetze **III** 7
- Prinzipien **III** 8
- Überblick **III** 1
- Arbeitsschutz **III** 44 ff.
- Bedeutung **III** 46
- Schulungen **III** 55
- Schutzausrüstung **III** 56
- Wohlbefinden **III** 47
- Arbeitsvertrag **III** 12, 17 ff.
- Änderungen **III** 19
- Inhalte **III** 18
- Muster **III** 27
- Arbeitszeitgesetz (ArbZG) **III** 38
- Arbeitszeugnis **III** 20 f.
- ArbZG s. Arbeitszeitgesetz
- Ärztliche Behandlung **VI** 5
- Ärztliche Bescheinigung, qualifizierte **VII** 39 ff.
- Ärztlicher Nachweis **X** 158
- Ärztliche Unabhängigkeit **VI** 198
- Asylbewerberleistungsgesetz **VII** 157 ff.
- Ende der Leistungsberechtigung **VII** 160 ff.
- Existenzsicherung **VII** 157 ff.
- gemischte Bedarfsgemeinschaft **VII** 179 ff.
- Gesundheitsversorgung **VII** 277 ff.
- Leistungsberechtigte **VII** 159
- Leistungsminderungen **VII** 165 ff.
- Asylverfahren, Abschluss **VII** 16 ff.
- Abschiebungsverbot **VII** 18 ff.
- Asylstatus **VII** 18 ff.
- Flüchtlingsanerkennung **VII** 18 ff.
- offensichtlich unbegründetes Asylverfahren **VII** 17 ff.
- subsidiärer Schutz **VII** 18 ff.
- unbegründetes Asylverfahren **VII** 17 ff.
- unzulässiges Asylverfahren **VII** 17 ff.
- Aufbewahrung
- Arbeitsvertrag **III** 21
- Arbeitszeugnis **III** 21
- Aufenthaltsurlaubnis **VII** 54 ff.
- allgemeine Erteilungsvoraussetzung **VII** 55 ff.
- humanitäre Gründe **VII** 60 ff.
- relevant **VII** 59 ff.
- Ukraine-Geflüchtete **VII** 63
- Aufenthaltsfeststellung **VII** 52 ff.
- Erlöschen **VII** 53
- Aufnahmeeinrichtung **VII** 2 ff.
- besondere Aufnahmeeinrichtung **VII** 7 f.
- Verpflichtung zur Unterbringung **VII** 3 ff.
- Aufnahmeeinrichtung, besondere **VII** 7 f.
- Aufnahmerichtlinie **VII** 11 ff.
- Auftragsverarbeitungsverhältnis **VIII** 19
- Auftragsverhältnis **VIII** 115
- Aufwendungen für energetische Maßnahmen an selbstgenutzter Immobilie **IX** 162
- Aufwendungsbeitrag
- Eingliederungshilfe (SGB XI) **IV** 53
- Ausbildung
- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen **VII** 257 ff.
- Bundesausbildungsbeihilfe **VII** 263 ff.
- Jugendsozialarbeit **VII** 276
- sonstige Förderung der Berufsausbildung **VII** 271 ff.
- und AsylbLG **VII** 241 ff.
- und BAföG **VII** 245 ff.
- und SGB III **VII** 254 ff.
- Weiterbildung **VII** 275
- Ausgleichsvermächtnis
- Behindertentestament **IV** 157
- Auslandsdeutsche **II** 9
- Ausreisepflicht **VII** 100 ff.
- Vollziehbarkeit **VII** 102 ff.
- Ausschlagung
- höchstpersönliches Recht **IV** 130, 159
- Sittenwidrigkeitsvorwurf **IV** 130
- Ausschlagung Erbschaft
- höchstpersönliches Recht **IV** 78
- Ausschlagung Vermächtnis
- höchstpersönliches Recht **IV** 78

- Ausschlussfrist **X** 82
- Ausschlusstatbestände, SGB II **VII** 171 ff.
- Aufenthalt zur Arbeitssuche **VII** 176 f.
 - Ausnahme, fünf Jahre Aufenthalt **VII** 182 f.
 - die ersten drei Monate **VII** 171 ff.
 - Erwerbsfähigkeit **VII** 185 ff.
 - fehlendes Aufenthaltsrecht **VII** 175 ff.
 - gemischte Bedarfsgemeinschaft **VII** 179 ff.
 - Leistungsberechtigung nach AsylbLG **VII** 178 ff.
- Ausschlusstatbestände, SGB XII **VII** 198 ff.
- Aufenthalt zur Arbeitssuche **VII** 202 ff.
 - Ausnahme, fünf Jahre Aufenthalt **VII** 210
 - die ersten drei Monate **VII** 201
 - Einreise, um Sozialhilfe zu beziehen **VII** 207 ff.
 - Erwerbsfähigkeit **VII** 198 f.
 - fehlendes Aufenthaltsrecht **VII** 202 ff.
 - Leistungsberechtigung nach AsylbLG **VII** 200
 - Obliegenheit zur Ausreise **VII** 204 f.
- Außergewöhnliche Belastungen **IX** 29, 109 ff., 127
- Aufwendungen **IX** 113
 - Außergewöhnlichkeit **IX** 115 ff.
 - Bestattungskosten **IX** 127
 - Fremdfinanzierungskosten **IX** 130
 - gesetzlich ausgeschlossene Aufwendungen **IX** 114
 - Heilbehandlungskosten **IX** 125
 - Katastrophenschaden **IX** 129
 - Pflege- und Pflegeheimkosten **IX** 126
 - typisierte AGB, §§ 33a, 33b EStG **IX** 131
 - Wohnungsumbau **IX** 128
 - zumutbare Eigenbelastung **IX** 121 ff.
- Auszubildende **X** 144
- BAföG **V** 134 ff., 245 ff.
- Altersgrenze **V** 137
 - Ausbildungsförderung **V** 138
 - Berufsausbildungsbeihilfe **V** 141
 - Erstausbildung **V** 142
 - Flucht als unabweisbarer Grund **VII** 250 ff.
 - Höhe **V** 139
 - Leistungsberechtigte **V** 135
 - Leistungsdauer **V** 142
 - Rechtsmittel **V** 147
 - Regelstudienzeit **V** 144
 - Schüler- **V** 136
 - Verhältnis zu anderen Sozialleistungen **V** 140
 - Verhältnis zum Unterhalt **V** 146
 - Vorausleistung **V** 145
 - Wechsel der Ausbildung **V** 143
- Barbetrag s. Barbetrag, kleinerer Barbetrag, kleinerer
- SGB IX **IV** 55
 - SGB XII **IV** 55
- BEA-Freibetrag **IX** 135, 146, 154
- Höhe **IX** 145 f.
 - Übertragung **IX** 147 ff.
- Bedarfsgemeinschaft
- Mitwirkungspflichten **II** 10
- Bedarfsplan **VI** 102
- Bedarfsplanung **VI** 99
- Bedingungen, Auslegung der **X** 13
- Bedürftigentestament **IV** 119
- Befristung **X** 181
- Behandlungspflicht **VI** 171
- Behindertentestament
- 10-Jahres-Schleppe **IV** 96, 99
 - 60 %-Quote **IV** 155
 - § 2306 BGB **IV** 152
 - § 2306 BGB aF **IV** 150
 - Abschirmungsfunktion **IV** 9, 12, 102 f.
 - Abwehrfunktion **IV** 104
 - Altfälle **IV** 99, 189
 - Argument pro Vermächtnislösung **IV** 98
 - Ausgleichsvermächtnis **IV** 157

Stichwortverzeichnis

- Auslegung **IV** 235
- Außerkraftsetzung von Verwaltungsanordnungen **IV** 16
- befreite Vorerbschaft **IV** 109, 111, 195, 204
- Begriffsbestimmung **IV** 1
- Betreuervergütung **IV** 237 f.
- BGH-Entscheidungen **IV** 107
- Differenzierungslösung **IV** 97, 170 ff., 180 ff.
- Einzeltestament **IV** 2
- Erbenhaftung **IV** 97
- Erbquote **IV** 149
- Erbrechtsgarantie **IV** 113
- Erbschaftslösung **IV** 170 ff., 250
- ergänzende Testamentsauslegung **IV** 248
- Familienlastenausgleichsprinzip **IV** 116
- Funktion **IV** 101
- Gemeinschaftliches Testament **IV** 3
- Gemeinwohlklausel **IV** 140
- Geschiedenentestament **IV** 3
- große Vermögen **IV** 131 ff., 145 f.
- Jahresgebühr des Betreuungsgerichts **IV** 237
- keine inneren Widersprüche **IV** 108, 111
- keine sittenwidrige Benachteiligung des behinderten Kindes **IV** 113
- keine sittenwidrige Benachteiligung des Sozialhilfeträgers **IV** 115
- kleine Vermögen **IV** 145 f.
- Kosten **IV** 233
- Lastenausgleichsprinzip **IV** 116
- Mindestquote **IV** 149
- Mittellosigkeit **IV** 237, 241
- mittlere Vermögen **IV** 145 f.
- Nacherbenvollstrecker **IV** 203
- Nacherbenvollstreckung **IV** 230
- Nacherbenzustimmung **IV** 232
- Nachrangprinzip **IV** 7, 116
- Neufälle **IV** 98, 100, 190
- nicht befreite Vorerbschaft **IV** 110, 195
- Nießbrauchslösung **IV** 183
- Patchworktestament **IV** 3
- Pflichtteilsergänzungsansprüche **IV** 157
- Pflichtteilserlass **IV** 126
- Pflichtteilsrest **IV** 153
- Pflichtteilsverzicht **IV** 122
- praktische/wirtschaftliche Ziele **IV** 4
- rechtfertigender Grund **IV** 147
- Säulen **IV** 11
- Schlüsselvorschriften **IV** 6
- Schutz der Erträge **IV** 15
- Schutz des Vermögensstamms **IV** 15
- Schutzfunktion **IV** 15, 104
- Schutzwirkung **IV** 101
- Sittenwidrigkeitsvorwurf **IV** 108 ff.
- Sondervermögen **IV** 10
- Subsidiaritätsprinzip **IV** 7, 116
- Substanzverbrauch **IV** 202 ff., 233
- Taschengeldklausel **IV** 225
- Testamentsauslegung **IV** 241
- Testamentsvollstreckung **IV** 9, 13, 112, 203, 213
- Übergang von Ansprüchen **IV** 246
- Verbesserung der Lebensqualität **IV** 12
- Vermächtnislösung **IV** 97, 170 ff., 250
- Vermögensgrenze **IV** 131 ff.
- Vermögensgruppen **IV** 144 ff.
- Verwaltungsanordnungen **IV** 16
- Vier Phasen Modell **IV** 21 ff., 105, 141
- Vollerbschaft **IV** 195
- Vorsorgefunktion **IV** 104
- Vorversterben des behinderten Kindes **IV** 249
- weitere Zwecke **IV** 172
- Wertvergleich **IV** 185
- Beitragsrecht **I** 4
- Beitragsrisiko
 - nachträgliches **XI** 5
- Beratungspflicht **VIII** 118
- Bereitschaftsdienst **VI** 177
- Beruf **X** 135, 140
- Berufsausbildung, sonstige Förderung **VII** 271 ff.